

STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Beschluss-Nr: 1727/2025/3.1	Status öffentlich	Datum 12.03.2025	Wahlperiode 2021 - 2026
<u>Tagesordnungspunkt:</u> 103. Änderung des Flächennutzungsplanes "Gewerbestraße" - Abwägung, Feststellungsbeschluss			
<u>Beratungsfolge:</u>			
06.05.2025	Bau- und Sanierungsausschuss		öffentlich
14.05.2025	Verwaltungsausschuss		nicht öffentlich
20.05.2025	Rat der Stadt Norden		öffentlich
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Männel, 3.1		<u>Organisationseinheit:</u> Stadtentwicklung	

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Norden beschließt die Abwägungsvorschläge zu den über die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB im Zeitraum vom 20.01.2025 bis zum 07.03.2025 eingeholten Stellungnahmen.
2. Nach Überprüfung aller eingegangenen Stellungnahmen beschließt Rat der Stadt Norden aufgrund von § 1 Abs. 3 BauGB und § 58 NKomVG die Feststellung der vorliegenden Fassung der 103. Flächennutzungsplanänderung.

Sach- und Rechtslage:

1. Kurzfassung

Der Rat der Stadt Norden hat am 10.12.2024 die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Die Beteiligungen erfolgten vom 20.01.2025 bis zum 07.03.2025.

Die eingegangenen Stellungnahmen führten nicht zu einer Änderung der Planung.

Die Stellungnahmen und die Abwägungen dazu sind dieser Sitzungsvorlage beigelegt.

Für die 103. Änderung des Flächennutzungsplanes soll nun der Feststellungsbeschluss erfolgen.

2. Aufgabe

2.1 Gegenwärtige Position

Feststellungsbeschluss anstehend

2.2 Grund oder Anlass für Entscheidungs- und Handlungsbedarf

Abschluss des Aufstellungsverfahrens

2.3 Darüber soll entschieden werden

Abwägung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss

2.4 Handelt es sich um eine freiwillige Maßnahme

Die Aufstellung von Bauleitplänen ist gemeindliches Hoheitsrecht, allerdings liegt hier ein städtebauliches Erfordernis vor.

3. Ziele und Rahmenbedingungen

3.1 Ziele

Schaffung der planungsrechtlichen Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 23 – 7. Änderung

3.2 Ggf. Rahmenbedingungen

4. Lösungen

4.1 Lösungen und Alternativen

4.2 Ggf. Belege, Zahlen, Fakten (Finanzielle/Personelle Auswirkungen/Folgekosten)

Zusammenfassung:

<input checked="" type="checkbox"/> <i>Finanzielle/Personelle Auswirkungen liegen nicht vor.</i>
<input type="checkbox"/> <i>Die finanziellen Auswirkungen wurden vorab mit dem Fachdienst Finanzen abgestimmt.</i>
<input type="checkbox"/> <i>Die personellen Auswirkungen wurden vorab mit dem Fachdienst Personal abgestimmt.</i>
<input type="checkbox"/> <i>Folgekostenberechnung / <input type="checkbox"/> Wirtschaftlichkeitsvergleichsberechnung nicht erforderlich.</i>
<input type="checkbox"/> <i>Eine Folgekostenberechnung für Investitionen ab 50.000 € ist als Anlage beigefügt.</i>
<input type="checkbox"/> <i>Eine Wirtschaftlichkeitsvergleichsberechnung unter Berücksichtigung mehrerer Möglichkeiten für Investitionen ab 500.000 € ist als Anlage beigefügt.</i>
<input type="checkbox"/> <i>Fördermittel sind/werden beantragt.</i>

5. Vorschlag

5.1 Favorisierte Lösungen

Beschluss entsprechend der Vorlage

5.2 Wichtige Gründe dafür

Abschluss des Aufstellungsverfahrens

5.3 Wichtige Gründe dagegen

keine

5.4 Ggf. Chancen und Risiken

6. Umsetzung

6.1 Nächste Schritte

Nach Feststellungsbeschluss Antrag beim Landkreis Aurich auf Genehmigung der 103 Flächennutzungsplanänderung. Anschließend werden FNP-Änderung und Bebauungsplan Nr. 23 in Kraft gesetzt.

6.2 Maßnahmen, um Entscheidung abzusichern

